

# liberal in Bayern

Das Mitgliedermagazin der FDP Bayern und der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag

Ausgabe 1–2011

[www.fdp-bayern.de](http://www.fdp-bayern.de)

# FDP

# B a y e r n

## Zeit für Verantwortung

Familien im Mittelpunkt der Politik

Seite 8

**Interview mit der  
Landesvorsitzenden Sabine  
Leutheusser-Schnarrenberger**

Seite 3

**FDP-Fraktion stellt auf ihrer  
Klausurtagung die Weichen  
auf Zukunft**

Seite 4

**Solide Haushaltspolitik und Investitionen  
in Zukunftsbereiche – Liberale Handschrift  
deutlich zu erkennen**

Seite 6



## Liebe Mitglieder und Freunde der bayerischen FDP,

in der Hand halten Sie die erste Ausgabe unseres neu gestalteten Magazins „Liberal in Bayern“. Umfangreicher, moderner und informativer sollte es werden – ich hoffe, wir sind diesem Anspruch gerecht geworden. Unser Redaktionsteam freut sich über Feedback an [magazin@fdp-bayern.de](mailto:magazin@fdp-bayern.de)!

Bei den zahlreichen Veranstaltungen, die ich in den vergangenen Monaten in ganz Bayern besucht habe, ist mir aufgefallen: Das Interesse an der FDP ist ungebrochen und die Stimmung ist deutlich besser als die Umfragewerte. Jetzt gilt es, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen. Ich drücke unseren Parteifreunden in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt die Daumen, dass Ihnen das bei den anstehenden Landtagswahlen gelingt.

Ihnen, liebe Leser, wünsche ich nun viel Vergnügen bei der Lektüre von Liberal in Bayern!

Ihre Miriam Gruß

Generalsekretärin der FDP Bayern



## Wussten Sie schon ...

... dass mit dem Bericht zur BayernLB erstmals ein Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags Pflichtverletzungen von CSU-Politikern benannt hat? „Das hat es in sechzig Jahren noch nicht gegeben“ zitieren die Nürnberger Nachrichten einen führenden Christsozialen. Die Zeiten ändern sich.

... dass Dr. Max Stadler der erste Bundestagsabgeordnete mit eigener App ist? Die Anwendung für Internethandys und iPads steht im App-store zum kostenlosen Download bereit. Aus Stadler wird St@dler.



Parlamentarischer Staatssekretär und App-Pionier: Dr. Max Stadler

... dass die Bundesregierung im Februar beschlossen hat, dass laute Geräusche von Spielplätzen oder Kindergärten kein Grund mehr für Nachbarschaftsklagen sein dürfen? Die FDP plakatierte schon vor zehn Jahren: „Kinderlärm ist Zukunftsmusik!“

## Umgang mit Diktaturen

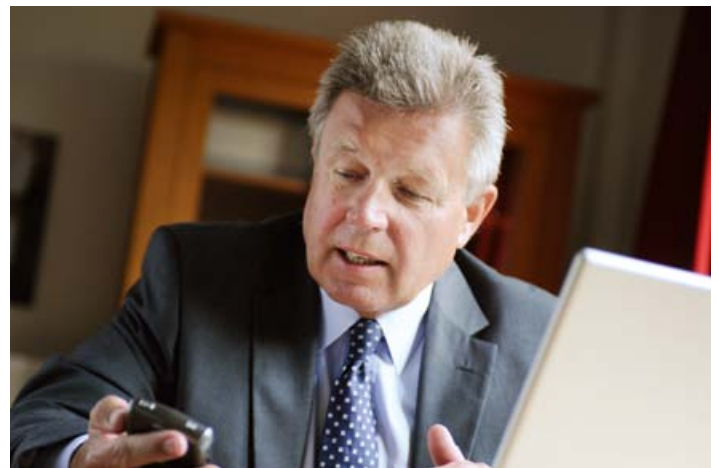
Von Dr. Rainer Stinner

Liberaler deutsche Außenpolitik ist wertegeleitet und interessenorientiert. Wie schwierig manchmal beides in Einklang zu bringen ist, haben die Ereignisse der letzten Wochen in den arabischen Ländern Nordafrikas gezeigt.

Klar ist: Wenn Deutschland nur noch mit Ländern und Regierungen Umgang pflegen will, die exakt unseren Werten entsprechen, dann müssen wir den Kontakt zu vielen Ländern dieser Welt abbrechen. Wir würden dadurch nicht nur wirtschaftlich massive Einbußen hinnehmen müssen, wir würden vor allem politische Einwirkungsmöglichkeiten auf diese Länder verlieren und uns auch gegenüber unseren Bündnispartnern in EU und NATO völlig isolieren. Damit wäre niemandem geholfen. Auch aktiver Regime-Change, womöglich mit militärischen Mitteln, wie es die Amerikaner im Irak versucht haben,

ist kein erfolgversprechender Weg, den wir einschlagen wollen.

Wir brauchen aber eine bessere Feinabstimmung unserer außenpolitischen Instrumente. Die 2008 gegründete Mittelmeerunion der Europäischen Union hat völlig versagt. Das muss sich ändern. Wir müssen auch stärker auf die Zivilgesellschaften dieser Länder zugehen. Gerade Deutschland hat hier mit den im Ausland tätigen politischen Stiftungen ein Instrument, um das uns viele Länder beneiden. So hat die liberale Friedrich-Naumann-Stiftung heute beste Kontakte zu liberalen Oppositionellen etwa in Tunesien oder Ägypten. Das steht



Dr. Rainer Stinner ist Außenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

nicht in den Schlagzeilen der Medien, aber es ist ein ganz wichtiger Ansatzpunkt für Veränderungen.

Denn wir wollen, dass jedes Volk seine Regierung, sein politisches System dauerhaft frei wählen kann. Das lässt sich nur begrenzt von außen erzwingen, aber stärker als bisher von innen unterstützen. Das müssen wir tun. ■

# „Beharrlichkeit zahlt sich aus“

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger über die Situation der FDP, die Kehrtwende in der Innen- und Rechtspolitik und warum der Liberalismus ihre politische Heimat ist.

## **Frau Leutheusser-Schnarrenberger, Sie sind nun seit 10 Jahren Landesvorsitzende der FDP Bayern. Was war die größte Herausforderung Ihrer bisherigen Amtszeit?**

Der Landesverband war damals in einem schlimmen Zustand. Bei der Landtagswahl 1998 waren wir mit 1,7 Prozent gescheitert, der Verband war in sich zerstritten und als ob das nicht reichte, waren wir auch noch verschuldet. Dass die FDP Bayern heute geschlossen auftritt, solide Finanzen vorweisen kann, im Landtag und in der Staatsregierung vertreten ist, dafür brauchte es einen langen Atem und viel Arbeit – aber es hat sich gelohnt.

## **2010 war ein schwieriges Jahr für die FDP. Wie geht es 2011 wieder aufwärts?**

Nach dem Sieg bei der Bundestagswahl waren die Erwartungen unserer Wählerinnen und Wähler immens hoch. Leider hat sich unser Koalitionspartner zunächst als weniger reformfreudig erwiesen als erhofft. Hinzu kam, dass die Prioritäten angesichts der immensen Staatsverschuldung anders gesetzt werden mussten: Die Menschen erwarten zu recht, dass der Staatsverschuldung, der Eurokrise und den Risiken enthemmter Finanzmärkte begegnet wird. Darauf hat die FDP zu spät reagiert.

Inzwischen hat die Bundesregierung Tritt gefasst. Gerade die liberalen Minister haben Erfolge vorzuweisen, die wir besser kommunizieren müssen – dazu müssen wir den direkten Kontakt mit den Bürgern suchen. Ich bin überzeugt: Durch seriöse und erfolgreiche Sacharbeit werden wir Vertrauen zurückgewinnen. In Bayern müssen wir zeigen, dass wir Motor und Korrektiv der Landespolitik sind – beim Regierungsprogramm „Aufbruch Bayern“ und beim BayernLB-Untersuchungsausschuss ist uns das in hervorragender Weise gelungen.

## **Sie sind eine von nur drei weiblichen FDP-Landesvorsitzenden in Deutschland. Generell sind Frauen in der Partei nach wie vor unterrepräsentiert. Wie kann man das ändern?**

Viele Frauen leisten in unseren Gremien hervorragende Arbeit. Dass die FDP derzeit noch vor allem als männliche Partei wahr-

genommen wird, liegt wohl einerseits am überwiegend männlichen Spitzenpersonal, aber auch an der Themensetzung. Das führt leider auch dazu, dass wir bei weiblichen Wählern schlechter abschneiden als bei den Männern. Hier liegt ein großes Wählerpotential für die FDP. Ich bin keine Anhängerin von Quotenregeln, aber ich appelliere an alle, die in der Partei Verantwortung tragen, weibliche Nachwuchskräfte zu fördern und zu ermutigen und sich selbst zur Frauenförderung zu verpflichten.

## **Als Justizministerin hat man es in einer Koalition mit CDU und CSU nicht immer leicht. Wie gelingt es Ihnen, bürgerrechtsorientierte Politik durchzusetzen?**

Es ist immer ein zähes Ringen, aber wir haben es geschafft, die Kehrtwende in der Rechtspolitik einzuleiten. Ein Jahrzehnt nach dem 11. September und dem darauf folgenden Wettlauf um die strengsten Sicherheitsgesetze haben wir die Rechte des Bürgers wieder in den Mittelpunkt gestellt. Beharrlichkeit zahlt sich aus, denn manchmal setzen sich die besseren Argumente einfach mit der Zeit durch – etwa beim Thema Internetsperren, wo inzwischen sogar bei der CSU Vernunft eingekehrt ist.

## **Konflikte gab es zuletzt bei den Themen Sicherungsverwahrung und Vorratsdatenspeicherung ...**

Bei solchen Konflikten muss man standhaft sein, wenn man liberale Politik durchsetzen will. Ich lehne etwa eine unterschiedslose

## **„Man muss standhaft sein, wenn man liberale Politik durchsetzen will.“**

und anlasslose Speicherung der Vorratsdaten aller 80 Millionen Deutschen entschieden ab. Stattdessen setze ich auf das so genannte „Quick Freeze“-Verfahren. Die Polizei soll Kommunikationsdaten bei Verdacht auf eine Straftat einfrieren dürfen, für den konkreten Zugriff benötigt man dann einen Richterbeschluss.

Bei der Sicherungsverwahrung habe ich mich gegen die von Unions-Politikern geforderten Schnellschüsse gewehrt – der



*Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ist Bundesjustizministerin und Landesvorsitzende der bayerischen FDP*

Europäische Menschenrechtsgerichtshof hatte ja das deutsche Recht massiv kritisiert. Wir sind jetzt zu einer guten Lösung gekommen: Erstens haben wir das Instrument der vorbehaltlichen Sicherungsverwahrung gestärkt, zweitens die Führungsaufsicht mithilfe einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung verbessert und drittens ein Gesetz zur Therapierung und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter beschlossen.

## **Könnten Sie sich eigentlich vorstellen, in einer anderen Partei zu sein als der FDP?**

Nein. Man findet zwar in allen demokratischen Parteien vereinzelt liberales Gedankengut, aber nur die FDP tritt für Freiheit und Verantwortung sowohl im wirtschaftlichen wie auch im gesellschaftlichen Bereich ein. Der politische Liberalismus wird als Alternative zum Konservatismus und zur Sozialdemokratie dringend gebraucht, Freiheit ist immer wieder bedroht.

## **Zum Schluss noch eine persönliche Frage: Was macht die Bundesjustizministerin, wenn sie mal Freizeit hat?**

Meine wenige Freizeit verbringe ich am liebsten in den Bergen – im Sommer beim Wandern, im Winter beim Skifahren. Außerdem lese ich viel. Und dann ist da natürlich meine Hündin Franzl – die will ja auch ihr Stück von der Bundesjustizministerin haben. ■

# Klausur der FDP-Landtagsfraktion in Benediktbeuern

Von Thomas Hacker, Fraktionsvorsitzender der FDP im Bayerischen Landtag



Ergebnis-Presskonferenz (v.r.n.l.): Bayerns Vize-MP und Wirtschaftsminister Martin Zeil, Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker und Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch

Die FDP-Fraktion startet ins politische Jahr 2011 mit einem klaren Ziel: Wir werden Bayerns Erfolgsgeschichte weiter schreiben – mit einer liberalen Handschrift! Bildung, Wissenschaft und Innovation – die Kernbereiche der FDP – sind das Herzstück des Programms „Aufbruch Bayern“: Mit über einer Milliarde Euro investie-

ren wir gezielt in Zukunftsbereiche. Bereits von 2008 bis 2010 sind mit der FDP in der Staatsregierung die Bildungsausgaben um 1,5 Milliarden Euro gestiegen. Wir wollen gerechte Lebenschancen für die Menschen in Bayern – mit einer guten Ausbildung, zukunftssicheren Arbeitsplätzen und einem Klima von Toleranz und Offenheit.

Grundlage für den Wohlstand jedes Einzelnen ist eine starke Wirtschaft. Hier stellen wir uns dem drängenden Problem des Fachkräftemangels, unter dem bereits jetzt viele bayerische Betriebe leiden. Dazu haben wir eine Gesamtstrategie vorgelegt: Um die Arbeitsplätze bei uns in Bayern zu sichern, müssen wir die Arbeitslosigkeit weiter abbauen und Bildung sowie Qualifikation stärken. Mit einem flexiblen und familienfreundlichen Arbeitsmarkt werden wir Potentiale im Inland besser ausschöpfen. Aber

---

**„Grundlage für den Wohlstand jedes Einzelnen ist eine starke Wirtschaft.“**

---

wir setzen auch auf den Stopp der Abwanderung und gezielte Zuwanderung. Denn wir brauchen auch Fachkräfte aus Europa und der Welt; dafür wollen wir den Rahmen für eine echte Willkommenskultur setzen.

Und wir machen da weiter, wo wir in den letzten beiden Jahren schon viel erreicht haben: Wir passen das bayerische Bildungssystem der gesellschaftlichen Realität und den Bedürfnissen der Menschen an – indem



Großer Medienrummel beim Presserundgang der Fraktion über das Klostergelände

wir Ganztagschulen für alle Schulformen weiter ausbauen, den Schulen mehr Eigenständigkeit geben und in frühkindliche Bildung investieren. Für eine bessere individuelle Förderung stellen wir mehr Lehrer ein. 2.700 neue Lehrerstellen sind bereits seit unserem Regierungseintritt geschaffen worden; pro Jahr kommen weitere 1.000 dazu.

Auch 2011 wird die FDP in der Staatsregierung die treibende Kraft sein. Unser Ziel

ist die bessere Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Wir werden die Asylpolitik des Freistaats menschenfreundlicher gestalten. Und wir engagieren uns weiter für ein forschungsfreundliches und innovatives Bayern. Ganz konkret setzen wir uns für längere Landeöffnungszeiten ein. Außer im Saarland sind die Regelungen nirgendwo so restriktiv wie in Bayern. Das ist unser Motto für 2011: Verlässlich, engagiert und – wo's sein muss – unbequem. ■

#### Forderungen der FDP



- Absenkung der Einkommensschwelle für Zuwanderung von Fachkräften von derzeit 66.000 auf 40.000 Euro.
- Einführung eines international wettbewerbsfähigen Punktesystems, das sich an den Kriterien Qualifikation, Berufserfahrung, Alter, Sprachkenntnisse und Arbeitsplatzangebot orientiert.
- Besonders hochqualifizierte Arbeitskräfte mit entsprechender Berufserfahrung im Ausland erhalten zwecks Arbeitssuche zunächst ein

Aufenthaltsvisum für sechs Monate. Bei entsprechender Beschäftigung verlängert sich dieses auf zwölf Monate. Wenn nach einem Jahr eine Beschäftigung von mindestens zehn Monaten vorliegt, ermöglicht dies den unbeschränkten Arbeitsmarktzugang.

- Wo bereits ein akuter Mangel an Arbeitskräften besteht (z. B. im Pflegebereich), ist eine gezielte Anwerbung von Fachkräften erforderlich.

## Bayerns Bundeswehrstandorte vor allem im ländlichen Raum erhalten

Von Tobias Thalhammer (Neubiberg), Wehrpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion



Pressekonferenz zur Bundeswehrreform

Die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag steht uneingeschränkt zu unseren Soldatinnen und Soldaten. Die Bundeswehr ist in der bayerischen Bevölkerung fest verankert und höchst willkommen. Die überfällige große Bundeswehrreform mit dem zu begrüßenden Wegfall der Wehrpflicht wird Standortschließungen zur Folge haben. Eine schlankere und effizientere Struktur der Bundeswehr ist auch in meinem Sinne. An erster Stelle müssen

dabei jedoch militärische Aspekte berücksichtigt werden, an zweiter Stelle muss es dann aber auch heißen: Im Zweifel für den ländlichen Raum. Das habe ich dieser Tage auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Kollegen Joachim Spatz, MdB, im Bayerischen Landtag betont.

Wirtschaftlich starke Orte und Metropolregionen können einen Weggang der Bundeswehr leichter verkraften, als strukturell benachteiligte oder wirtschaftsschwache Orte. Es ist daher von größter Bedeutung, dass vor allem jene Bundeswehrstandorte erhalten bleiben, die für die örtliche Wirtschaft und Gemeinschaft von herausragender Bedeutung sind. Frei werdende Arbeitskräfte können in Metropolregionen gut vom lokalen Arbeits-

#### Standortschließungen

- Standortschließungen sind – auch in Bayern – im Rahmen der Bundeswehrreform unausweichlich
- Nach Berücksichtigung militärischer Aspekte gilt aus Sicht der FDP: Im Zweifel für den ländlichen Raum. Standortschließungen zeigen außerhalb der Metropolregionen noch weitaus gravierendere Folgen. Die FDP wird für diese Prämisse kämpfen.

markt aufgenommen werden, in strukturschwachen Gebieten hingegen nur schlecht. Während die Nachnutzung von Bundeswehrliegenschaften in Boomregionen wie München oft Chancen bietet und manchmal gar dringend benötigte Flächen verschafft, ist die Suche nach Nutzungsmöglichkeiten in wirtschaftlich schwachen Regionen teuer, schwierig und häufig gar erfolglos. Es ist für mich daher von außerordentlicher Wichtigkeit, alles gegen Standortschließungen in strukturschwachen Regionen zu tun.

Das Positionspapier der FDP-Landtagsfraktion zu den Bundeswehrstandorten in Bayern finden Sie unter [www.fdp-fraktion-bayern.de](http://www.fdp-fraktion-bayern.de) ■

# Solide Haushaltspolitik und Investitionen in Zukunftsbereiche – Liberale Handschrift deutlich zu erkennen

Die FDP hat zum ersten Mal von Anfang an am Prozess der Aufstellung eines Doppelhaushalts mitgewirkt. Fragen an Karsten Klein (Aschaffenburg), haushaltspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag



## Doppelhaushalt 2011/2012 – Aufbruch Bayern

- Das Ausgabenvolumen des Doppelhaushalts beträgt 42,7 Mrd. Euro im Jahr 2011 und 43,1 Mrd. Euro für 2012.
- Die Einsparungen in den einzelnen Ressorts betragen 911 Mio. Euro und im Personalbereich 945 Mio. Euro im gesamten Doppelhaushalt. Gleichzeitig steigern wir die Ausgaben im gesamten Bildungsbereich um 1,5 Mrd. auf insgesamt 15,2 Mrd. Euro.
- Die Investitionsquote beträgt 11,9 % im Jahr 2011 und 10,8 % im Jahr 2012 – nahezu 2% mehr im nationalen Vergleich mit anderen (West-) Bundesländern.
- Das Programm „Aufbruch Bayern“ hat ein Gesamtvolumen von 1,07 Mrd. Euro, wovon 227 Mio. in den Bereich Familie, 389 Mio. in die Bildung und 452 Mio. Euro in Innovation/Investition fließen.

### Herr Klein, was waren die Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner?

Nach mehr als 40 Jahren Alleinherrschaft waren die gemeinsamen Haushaltsverhandlungen für die CSU ein nicht immer einfacher Lernprozess. So mussten wir den Koalitionspartner erst davon überzeugen,

### Solide Haushaltspolitik, kombiniert mit klugen Investitionen in die Zukunftsbereiche – die liberale Handschrift in der bayerischen Regierungspolitik ist deutlich zu erkennen!

dass Sparen im Sinne der Generationengerechtigkeit alternativlos ist. Nur unserer Hartnäckigkeit ist es zu verdanken, dass ein Einsparvolumen von 1,8 Mrd. € wirklich Realität wurde. Diese Summe ist nicht etwa durch Kürzungen wichtiger Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zustande gekommen, sondern durch Sparmaßnahmen in den Ressorts und beim Personal.

### Sie sprechen bei der Haushaltsaufstellung vom Sparen? Was bitte ist daran im Sinne zukünftiger Generationen?

Dieser Haushalt beinhaltet ja nicht nur Sparmaßnahmen. Zudem nehmen wir keine neuen Schulden auf und belasten somit unsere Kinder und Enkel nicht mit zusätzlichen Zinsen. Vielmehr investieren wir 1,07 Mrd. € in die Zukunftsbereiche Forschung, Bildung und Innovation. Dieser liberale Ansatz ist neu in der bayerischen Haushaltspolitik.

### Ist eine solche Politik im Sinne der Generationengerechtigkeit nicht selbstverständlich?

So gesehen, haben Sie recht, doch erst mit der FDP hat eine neue Schwerpunktsetzung der Regierungsarbeit in Richtung Bildung stattgefunden. Wir fördern jetzt ganz besonders den Bildungs- und Familienbereich und stellen mit dem Ausbau der Ganztagschulen, der Krippen, sowie dem kräftigen Schub beim Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG) die Weichen auf Zukunft.

### Und wie begegnen Sie den aktuellen Herausforderungen in der Wirtschaftspolitik?

Mit der vertieften Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft haben wir Liberale bereits für einen Umschwung im Denken gesorgt. Exemplarisch dafür steht der Ausbau von Transferzentren in Bayern. Ein Konzept, mit dem wir Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Um national wie international konkurrenzfähig zu bleiben, brauchen wir eine neue Willkommenskultur, und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit einem flexiblen und familienfreundlichen Arbeitsmarkt wollen wir Potentiale im In- und Ausland ausschöpfen. Aber wir setzen auch auf den Stopp der Abwanderung und gezielte Zuwanderung. Das ist die liberale Gesamtstrategie für einen attraktiven, forschungsfreundlichen sowie weltoffenen Standort Bayern und somit auch gegen einen bereits vorhandenen Fachkräftemangel. ■

# Die liberale Hochschulreform geht weiter

Von Dr. Annette Bulfon (München), Hochschulpolitische Sprecherin



Als Sprecherin der Landtagsfraktion für Hochschule und Forschung setze ich mich für zukunftsgerichtete Reformen in der bayerischen Hochschulpolitik ein. Wir Liberale machen uns stark für lebenslanges Lernen, sozialen Aufstieg durch Bildung und mehr Hochschulautonomie. Bereits 2009, kurz nach Beginn der schwarz-gelben Koalition, haben wir Meistern und beruflich Qualifizierten mit Praxiserfahrung den Zugang zu Hochschulen geöffnet. Berufsbegleitende Bachelorstudiengänge bieten ihnen ein qualifiziertes Angebot zur Weiterbildung. Wir haben den rechtlichen

Rahmen geschaffen, damit dies ausgebaut werden kann. Einzelne Teilbereiche eines Studiengangs können als berufliche Zusatzqualifikation oder für ein künftiges Studium absolviert werden, wenn man die Zugangsvoraussetzungen erfüllt (Modulstudien).

Wir räumen den Hochschulen mehr Eigenverantwortung ein. Sie können jetzt über die Berufung von Professoren selbst entscheiden. Bayernweit haben Hochschulleitungen auf dieses Mehr an Freiheit positiv reagiert und schätzen das deutlich kürzere Verfahren. Hochschulen dürfen künftig über ihre Gliederung in Fakultäten, die Zugangsvoraussetzungen zum Masterstudium und die Einrichtung befristeter Forschungsprofessuren selber bestimmen. Die Hochschulen wissen am besten, was gut für sie ist. Deshalb geben wir ihnen die Freiheit, eigenverantwortlich zu entscheiden.

Auf diesem Weg werden wir als FDP-Landtagsfraktion auch im Jahr 2011 weiterarbeiten – für mehr Flexibilität, Qualität und bessere Chancen an unseren bayerischen Hochschulen. ■

## Stichwort Lehrerstellen

- Seit Regierungsantritt der Liberalen investiert Bayern kräftig in Bildung – seit 2008 eine Milliarde Euro mehr.
- Seit 2008 konnte die durchschnittliche Klassenstärke an Grund-, Haupt- und Realschulen gesenkt und an Gymnasien auf dem bisherigen Niveau stabilisiert werden.
- Im Koalitionsvertrag hat die FDP die Einstellung von mindestens 1.000 zusätzlichen Lehrerstellen pro Jahr durchgesetzt – noch nie haben so viele Lehrer in Bayern unterrichtet wie heute.
- Von 2008 bis 2012 steigt die Anzahl der Lehrerplanstellen von 81.014 auf 86.685 an – ein Plus von 5.671. Dadurch konnte die Schüler-Lehrer-Relation von 17,9 im Schuljahr 2006/07 auf inzwischen 16,8 im Schuljahr 2009/10 gesenkt werden – Tendenz: weiter fallend!

# Sitzzuteilungsverfahren „Hare“ kommt

Benachteiligung kleiner Parteien und Wählergruppen im Kommunalwahlrecht beseitigt. Von Jörg Rohde (Heßdorf), kommunalpolitischer Sprecher

Am 1. Januar sind Änderungen des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes sowie des Bezirkstagswahlgesetzes in Kraft getreten. Die FDP-Landtagsfraktion setzt somit einen strategischen Punkt aus ihrem Wahlprogramm um: Bereits bei den nächsten Bezirkstags- und Kommunalwahlen werden die von Parteien oder Wählergruppen erlangten Sitze in allen Bezirks- und Kreistagen, sowie Stadt- und Gemeinderäten nach dem mathematisch gerechteren Hare-Verfahren verteilt. Das alte Verfahren („d'Hondt“) begünstigte tendenziell die größeren Parteien und Wählergruppen. Das neue Verfahren nach Hare bildet demgegenüber den Wählerwillen besser ab.

Für die Landtagswahl musste 1992 die Einführung des Hare-Verfahrens noch durch ein Urteil des Verfassungsgerichts

erzwungen werden, das „d'Hondt“ für verfassungswidrig erklärte. Die Weiterverwendung in allen übrigen Wahlen wurde allerdings nicht verboten. Die FDP hat sich seither für diese von vielen Parteien und Wählergruppen herbeigesehnte Gesetzesänderung im Kommunalwahlrecht eingesetzt. Im Koalitionsvertrag 2008 konnten wir es durchsetzen und nun ist es gesetzlich verankert. Somit tritt die neue Regelung bei den Wahlen 2013/2014 auf Bezirks- und Kommunalebene in Kraft. Der Gesetzentwurf der FDP-Fraktion, dem sich die CSU angeschlossen hat, wurde von allen im Landtag vertretenen Fraktionen einstimmig angenommen. Die Grünen haben den Wortlaut der FDP für ihren Entwurf übernommen. Diese Zustimmung ist ein wahres Lob für die Arbeit der FDP-Fraktion. ■

## Impressum

### Herausgeber

© FDP-Landesverband Bayern (V.i.S.d.P.: Martin Hagen, Hauptgeschäftsführer), Rindermarkt 6, 80331 München, magazin@fdp-bayern.de und

© FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag (V.i.S.d.P.: Lars Pappert, Pressestelle)

### Redaktion

Martin Hagen, Lars Pappert, Rafael Freckmann, Andreas Dietrich

### Gestaltung

formidee designbüro, München

### Fotos

FDP-Landesverband, FDP-Fraktion, adpic.de (auch Titelfoto), fotolia, Monkey Business, Corbis

### Druck

Weber Offset GmbH, München

## 2011 – Zeit für Verantwortung

Von Miriam Gruß, familienpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion

Familien stehen in diesem Jahr im Mittelpunkt der Gesellschaftspolitik. Insbesondere auf die Interessen der Kinder legen wir dabei unser Augenmerk. Sie brauchen Schutz und Chancen. Chancen gewährleisten wir Ihnen durch mehr Gerechtigkeit bereits am Start mit mehr frühkindlicher Bildung. Bei der Diskussion um den Ausbau der Betreuungsplätze ist in der Vergangenheit vor allem die Qualität der Betreuung vernachlässigt worden. Das ändern wir jetzt: Mit dem bundespolitischen Förderprogramm „Offensive Frühe Chancen“ fließen 400 Mio. Euro in Kitas, insbesondere um die soziale und sprachliche Integration zu fördern.

Chancengerechtigkeit am Start verbessern wir zudem durch das Bildungspaket, das im Rahmen der Hartz-IV-Reform aufgelegt wird. Wir haben als FDP Wert darauf gelegt, stärker auf direkte Leistungen zu setzen. Stammt doch von uns die Idee der Bildungsgutscheine, die wir

am Bundesparteitag in Stuttgart im Jahr 2007 beschlossen hatten.

Kinder brauchen aber auch den Schutz der Gesellschaft. Die Nachrichten von Vernachlässigung und Missbrauch machen immer wieder zutiefst betroffen. Deshalb steht als eines der wichtigsten Vorhaben das neue Kinderschutzgesetz auf der Agenda. Hier findet auf unsere ausdrückliche Initiative hin neben der Intervention vor allem auch die Prävention breiten Raum.

Die Familien als Ganzes, so der jüngste Familienbericht, benötigen vor allem Zeit, Geld und Infrastruktur. Im vergangenen Jahr haben wir bereits begonnen, Familien finanziell zu entlasten. Mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages. Trotz Haushaltskonsolidierung halten wir auch 2011 an dieser Politik fest.



Beispielsweise am Ausbau der Betreuungsinfrastruktur bis 2013. Neben diesen konkreten Leistungen, wollen wir den Menschen auch ermöglichen, mehr Zeit für ihre Angehörigen zu haben. Die Familienpflegezeit soll dafür sorgen, dass auch Berufstätige ihre Angehörigen pflegen können. Das fördert nicht zuletzt eine familienfreundliche Arbeitswelt. Und das ist erfreulich, denn wir brauchen keine unternehmensfreundlichen Familien sondern familienfreundliche Unternehmen. Dies wird auch angesichts des Fachkräftemangels in Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen. ■

### +++ NEUES AUS DEN VORFELDORGANISATIONEN +++

Im Umfeld der FDP Bayern gibt es eine Vielzahl von Vereinen, in denen sich liberal denkende und handelnde Menschen zusammenfinden. Die mit 1.100 Mitgliedern größte Vorfeldorganisation, die bayerischen **Jungen Liberalen (JuLis)**, haben Ende letzten Jahres ihr 30-jähriges Bestehen gefeiert – Landeschef Stefan Alexander Siegle freute sich über zahlreiche Gäste beim Festakt im Maximilianeum. Ein Jubiläum gab es auch bei den **Liberalen Christen**: Der Evangelisch-Liberale Gesprächskreis (neben dem Katholisch-Liberalen Arbeitskreis die zweite Säule des von Alfred Neugebauer vertretenen Dachverbandes) wurde im vergangenen Jahr ebenfalls 30.

Ganz neu sind dagegen die im Februar gegründeten **Liberalen Schwulen und Lesben (LiSL)**, deren Landesvorsitzende Charlena Wirth sich für die Rechte Homosexueller einsetzen will. Bereits im vergangenen Jahr hat die **Vereinigung Liberaler Ärzte (VLÄ)** einen bayeri-

schen Landesverband ins Leben gerufen, geführt von Dr. Oliver Dörzapf. Fest etabliert im liberalen Vorfeld, aber mit neu gewählten Landesvorsitzenden, sind die **Liberalen Hochschulgruppen (LHG)** mit Raffaella Bubendorfer an der Spitze, die **Vereinigung Liberaler Mittelstand (VLM)** mit Dr. Wolfgang Mutter und die **Liberalen Frauen** mit Marina Schuster. Der Lady's Lunch, zu dem Schuster und die FDP-Bundestagsfraktion im November eingeladen hatten, war mit knapp 70 Teilnehmerinnen hervorragend besucht.

Volles Haus erwarten sich auch Gisela Bock und ihre **Liberalen Senioren (LiS)** bei ihrer anstehenden Großveranstaltung mit der Gerontologieprofessorin Ursula Lehr am 13. April in Nürnberg. Wichtigste Neuigkeit aus Sicht der von Ulrich Bode geführten **Liberalen Kommunalpolitiker (VLK)** ist die geänderte, fairere Sitzzuteilung in Kommunalparlamenten, die die Liberalen im Landtag durchgesetzt haben (siehe Artikel auf Seite 7).

### Landesparteitag in Amberg

Am 9./10. April treffen sich Bayerns Liberale zum Landesparteitag in Amberg. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Neuwahl des Landesvorstandes. Der Leitantrag, federführend verfasst vom FDP-Umweltexperten Horst Meierhofer, beschäftigt sich mit dem Thema Nachhaltigkeit. „Wir betreiben Ökologie nicht nur zum Selbstzweck, der Bürger soll etwas davon haben“, so Meierhofer. Er hofft auf eine engagierte Parteitagsgespräch, etwa über eine stärkere Verankerung des Verursacherprinzips: „Wer trägt in welchem Umfang die Kosten von Eingriffen in die Umwelt? Auf diese und andere Fragen wollen wir in Amberg Antworten finden.“



Der Tagungsort: Amberger Congress Centrum